

---

# Tagungsberichte

---

Helmut Kury

## **„3rd Annual Conference of the European Society of Criminology“, 27.-30. August 2003 in Helsinki**

Zu Recht wurde, vor allem im Rahmen des fortschreitenden Zusammenschlusses Europäischer Länder, immer wieder auf die Bedeutung einer engeren Zusammenarbeit, eines intensiveren Gedankenaustausches unter den Kriminologen der einzelnen Staaten hingewiesen. Besonders aktive und international orientierte trafen sich teilweise bei den Tagungen der American Society of Criminology, die jährlich anfangs November in den USA bzw. Kanada stattfinden. In den letzten Jahren sind, nicht nur in der Kriminologie, auch neue „European Journals“ entstanden, die versuchen, den internationalen Gedankenaustausch zu fördern, vor allem auch ein Gegengewicht zu den US-amerikanischen Journals zu bilden. Die Gründung einer eigenen Europäischen Gesellschaft für Kriminologie lag sozusagen, auch als Gegenpol zur mächtigen ASC der US-Amerikaner, seit Jahren in der Luft. 2001 war es dann soweit: Martin Killias lud zur ersten Tagung der neuen European Society of Criminology nach Lausanne ein. Eine Satzung der Gesellschaft wurde ausgearbeitet, deren endgültige Version im nächsten Jahr verabschiedet werden soll. Die Tagung war ein guter Anfang, es sind mehr gekommen, als von vielen vermutet, vor allem waren auch die mittel- und osteuropäischen Länder gut vertreten. Die zweite Tagung fand vor einem Jahr in Toledo/Spainien statt, mit noch mehr Teilnehmern und wiederum einem umfangreichen Programm. Die dritte Tagung wurde nun von finnischen Kollegen unter der Leitung von Kauko Aromaa vom European Institute for Crime Prevention and Control in Helsinki ausgerichtet, und zwar diesmal unter dem Thema: „Crime and Crime Control in an Integrating Europe“.

Das Tagungsprogramm umfasste, verteilt auf die zweieinhalb Tage, insgesamt fünf Plenaries und nicht weniger als ca. 80 Panels und Arbeitsgruppensitzungen mit ca. 260 angemeldeten Einzelvorträgen, dazu – nach amerikanischem Muster – Sitzungen zu Buchpräsentationen („Author meets critics/readers“) oder poster sessions. Daneben fanden „Trainingsseminare“ statt, etwa von Jerzy Sarnecki zu „Network analysis in Criminology“. Ein Programm, das zwar noch nicht „amerikanische Verhältnisse“ erreicht, aber offensichtlich auf dem Wege dorthin ist. Die einzelnen europäischen Länder, gerade auch diejenigen aus Mittel- und Osteuropa waren weitgehend gut vertreten, auch aus den USA waren wiederum mehrere Kollegen, etwa gerade auch „Offizielle“ der ASC ange-reist. Bei einem solch umfangreichen Programm können hier lediglich wenige Streiflichter gesetzt werden.

Der international wohl bekannteste „nordische“ Kriminologe, Nils Christie (Emeritus, Universität Oslo) hielt in der ersten Plenarsitzung das Eingangsreferat zu „Re-integrative Shaming of National States“. Einige Nationalstaaten, wie beispielsweise die USA, praktizieren nach ihm eine ihren eigenen historischen Traditionen, ihren erklärten ethischen Standards bzw. den in den Industrieländern allgemein akzeptierten, krass zuwiderlaufende Kriminalpolitik. Wie gehen wir als „Experten“ mit solchen „Abweichlern“ um, wie versuchen wir auf eine Änderung dieser Situation Einfluss zu nehmen? Sollte etwa die Zusammenarbeit mit diesen Staaten in Frage gestellt werden, sollte ein „shaming“ stattfinden, wenn ja, in welcher Form und durch wen? Greift hier das Konzept des Reintegrative Shaming überhaupt, waren Fragen, die erörtert wurden? Christie ging u.a. auf die blutige Geschichte Finnlands, gerade im Zusammenhang mit den kriegerischen Auseinandersetzungen mit Russland ein und wie sich diese auf eine Verhärtung der Einstellungen gerade gegenüber „Abweichlern“, wie Straftätern auswirkte. Finnland zeigte nach dem Zweiten Weltkrieg von den nordischen Ländern die härteste Sanktionspolitik was sich darin ausdrückte, dass die Inhaftierungsquote mit ca. 180/100.000 etwa drei Mal höher war als in den übrigen Staaten, also Dänemark, Norwegen und Schweden. Von politischer Seite wurde dies erkannt und eine Angleichung an die Standards der übrigen nordischen Ländern als wichtig empfunden, entsprechend wurde durch politische Entscheidungen die Zahl der Inhaftierten konsequent auf ca. ein Drittel, also ein den übrigen Ländern vergleichbares Niveau gesenkt. Diese enorme Reduzierung der Inhaftiertenquote wirkte sich nun offensichtlich nicht steigend auf die registrierte Kriminalitätsbelastung aus, d.h. durch eine geringere Sanktionshärte wurde die Begehung von (schweren) Straftaten nicht begünstigt. Die Zahl der registrierten Straftaten stieg zwar, allerdings in allen vier nordischen Ländern in vergleichbarem Umfange, in Finnland eher unterdurchschnittlich. Hieraus ergebe sich die kritische Frage, was das „passende“ Ausmaß an Kriminalität für ein Land sei.

Paul Wiles (Home Office, London) nahm in einem zweiten Referat Stellung zu „Crime control and integration“. Er ging auf die Entwicklung der Gefangenenraten und die Kriminalitätsbelastungsziffern in europäischen Ländern ein, bezog hierbei auch Dunkelfelddaten aus der International Crime and Victimization Survey mit heran. Kritisch diskutierte auch er die Frage, wieweit man die Kriminalitätsbelastung durch Sanktionen, vor allem die Freiheitsstrafe, reduzieren könne. Gerade diesem Thema kommt in Zeiten einer allgemeinen Verschärfung strafrechtlicher Sanktionen, vor allem gegenüber bestimmten Tätergruppen, wie Gewalt- und Sexualstraftätern, eine große kriminalpolitische Bedeutung zu. Gerade in Zeiten leerer Kassen ist zu fragen, ob hier nicht Fehlinvestitionen in erheblichem Umfange stattfinden, vor allem wenn man die Folgekosten einer Inhaftierung mit berücksichtigt.

In den weiteren Plenarsitzungen berichteten Jock Young (John Jay College of Criminal Justice, New York) über „The decline of crime and the rise of disorder: The vicissitudes of risk in late modernity“. Der Rückgang der Kriminalität wurde in vielen Industrieländern von einer größeren Intoleranz gegenüber kleineren Abweichungen und Zeichen der Unordnung begleitet. Nicht eine „Zero-Tolerance“-Politik hat die Kriminalität gesenkt, diese hat sich – zumindest teilweise – entwickelt wegen des Kriminalitätsrückgangs und nicht umgekehrt.

Die Hintergründe für den „crime drop“ sieht Young vor allem in tiefgreifenden subkulturellen Änderungen, insbesondere in großstädtischen Gebieten. Late modernity schaffe die Notwendigkeit für eine „cultural criminology“, die auf einer „radical ethnography“ fußt und sich kritisch auseinandersetzt sowohl mit neo-liberalen und positivistischen Ansätzen.

Annika Snare (University of Copenhagen) stellte in ihrem Plenarbeitrag die Frage: „Victim policy – only for the good?“ und diskutierte, wieweit sich die Opfer in das Strafverfahren einbringen wollen bzw. mitwirken sollten. Nach einer kanadischen Studie wollten die Opfer lediglich gehört werden, nicht aber selbst mitentscheiden.

Marcelo Aebi (Universität von Sevilla), einer der Mitarbeiter am European Sourcebook of Crime and Criminal Justice berichtete vor dem Hintergrund der bisherigen Resultate des Projekts über „Crime trends in Europe from 1990 to 2000“. Verglichen werden Helffelddaten aus den offiziellen Kriminalstatistiken, allerdings vorher so weit wie möglich erst vergleichbar gemacht, was sich als ausgesprochen schwieriges Unterfangen darstellt, das auch nur partiell zu lösen ist. Eine weitgehende Zunahme der registrierten Straftaten zwischen 1990 und 2000 zeigte sich lediglich bei den Drogendelikten, Diebstahl erwies sich eher als rückläufig. Bei Körperverletzung, ebenso bei Vergewaltigung, war in westeuropäischen Ländern eine deutliche Zunahme festzustellen, nicht aber in den osteuropäischen Staaten. Bei den übrigen berücksichtigten Delikten, wie Fahrzeugdiebstahl, Einbruch, (versuchte) Tötungsdelikte oder Raub zeigte sich ein kurvilinearere Verlauf. Die unterschiedlichen, länderspezifischen Kriminalitätsentwicklungen regen zu ihrer Erklärung zur Heranziehung verschiedener Kriminalitätstheorien an, je nach dem eigenen wissenschaftlichen Standpunkt des Forschers. Um zu einer möglichst einheitlichen theoretischen Erklärung der Entwicklungsverläufe zu kommen wurden in einem Modell vor allem ökonomische Faktoren, Veränderungen im familiären und Beziehungsbereich, Lebensstilvariablen, das Ausmaß und der Umgang mit Einwanderung und der Umfang der „Amerikanisierung“ einzelner Länder berücksichtigt. Weiterhin wurde die Entwicklung der Gefangenenpopulation in den einzelnen Ländern mit einbezogen. Trotz aller Bemühungen, die Daten aus den einzelnen Ländern vergleichbar zu machen, erwies sich der internationale Vergleich der Kriminalitätszahlen aufgrund verschiedener Erfassungsmodalitäten, unterschiedlicher gesetzlicher Definitionen bzw. zahlreicher Filterungsprozesse im Zusammenhang mit der Festschreibung straffälligen Verhaltens als ausgesprochen fehleranfällig.

Ergänzend zu dem Beitrag von Aebi berichtete Anna Alvazzi del Frate (UNICRI, Turin) über „ICVS: Counting crime in Europe: Survey trends 1996 – 2000“, also über Ergebnisse der weltweiten Opferstudie zur Kriminalitätsentwicklung, somit Dunkelfelddaten. An den seit 1989 vier Wellen der Survey haben immerhin auch 33 europäische Länder mindestens einmal teilgenommen. 27 Prozent der befragten Europäer wurden im Jahre vor der Datenerhebung mindestens einmal Opfer in einem der erfassten Deliktsbereiche. Die erhobenen Viktimisierungsraten waren in den Ländern, die zwei oder mehrmals teilnahmen, über die Wellen hinweg weitgehend konstant, bei Einbruch, Raub und Körperverletzung zeigte sich insgesamt eher ein Rückgang. Hier ergaben sich

wenige Unterschiede in den Entwicklungen zwischen ost- und westeuropäischen Ländern. Das Anzeigeverhalten zeigt eine steigende Tendenz, was unter Umständen für die Zunahme der registrierten Kriminalität (mit)verantwortlich ist. Erhebliche Unterschiede ergaben sich hinsichtlich der Zufriedenheit der Bürger mit der Polizei: während in Westeuropa 70 Prozent bis 80 Prozent die Arbeit der Polizei als gut einschätzen, sind es in Osteuropa lediglich etwa ein Drittel. Die Befragten Mittel- und Osteuropas schätzen die Polizeiarbeit vergleichsweise negativ ein. Hinweise ergaben sich auch für ein in Osteuropa höheres Unsicherheitsgefühl, eine größere Verbrechensfurcht. Die Referentin betonte die Wichtigkeit der Fortsetzung dieser Opferstudie auf internationaler Ebene. Entsprechend werde für 2004 eine fünfte Welle der ICVS vorbereitet.

Neil Walker (European University Institute, Florenz) referierte in seinem Plenarvortrag über „Constitutionalizing European Criminal Justice“. Thematisiert wurde das wachsende europäische transnationale Kriminaljustizsystem im Zusammenhang mit der „Area of Freedom, Security and Justice“. Wie kann die Zusammenarbeit der europäischen Länder auch im Zusammenhang mit Kriminalitätsbekämpfung und Innerer Sicherheit verbessert werden, ein Thema, das insbesondere nach dem 11. Sept. 2001 und im Zusammenhang mit dem danach entstehenden „securization climate“ deutlich in den Vordergrund trat.

Ursula Nelles (Universität Münster) berichtete in ihrem Plenarvortrag über „Steps towards harmonisation – Steps toward frictions?“ Erörtert wurden Fragen und Probleme einer „Harmonisierung“ des Straf- und Strafprozessrechts in den Ländern der europäischen Union. Die Autorin machte in ihrer Darstellung in der Entwicklung der „Europäisierung“ des Rechts Gefahren aus, die die Rechtssicherheit betreffen. Hinsichtlich der Kriminalitätsbekämpfung fühlt sich der Bürger mit einer wachsenden Zahl von unüberschaulichen nationalen und europäischen Einrichtungen konfrontiert, deren Kompetenzen sich teilweise überlappen und deren Vorgehen wenig transparent wird. Fraglich bleibt, wie weit eine ausgedehnte Jurisdiktion des Europäischen Gerichtshofes die Lücken im rechtlichen Schutz für die Bürger schließen kann.

Nicola Padfield (Institute of Criminology, Cambridge, UK) schließlich ging im letzten Plenary ein auf „The harmonisation of sentencing law: Will it encourage a principal approach?“ Es ging um die Frage einer Angleichung der Kriminalstrafmaßnahmen in den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU, gerade auch im Sinne einer „gerechten“ Bestrafung. Berichtet wurde aus einem entsprechenden Projekt zum Vergleich der Sanktionen in den einzelnen EU-Staaten, das an der Université de Paris I durchgeführt wird. Hierbei konzentriert man sich vor allem auf die Bereiche Terrorismus, Umweltkriminalität und Cyber-Crime. Zur Feststellung der erheblichen Unterschiede in der Strafzumessung in den einzelnen Staaten sowie in der zu verbüßenden Sanktion ist dringend weitere Forschung nötig. Eine Harmonisierung der Strafzumessungspraxis ist nur sinnvoll in Kombination mit einer Angleichung der Sanktionspraxis, etwa den Umgang mit vorzeitiger Entlassung. Herausgearbeitet werden müssen vor allem auch die Hintergründe, welche die Strafzumessung bestimmen. Berücksichtigt man, dass selbst in den Einzelstaaten ein enormer regionaler Unterschied in Strafzumessung und Sanktionierung besteht, werden die Schwierigkeiten, die sich einer solchen Angleichung stellen deutlich.

Die Einzelvorträge wurden in ca. 80 Workshops zusammengefasst, die sich vor allem mit den Themen Unsicherheit in Städten bzw. Verbrechensfurcht, Sexualkriminalität bzw. häusliche Gewalt, Jugenddelinquenz bzw. Jugendgerichtsbarkeit, Polizei, Strafzumessung und Vertrauen in das Kriminaljustizsystem, Regionalverteilung der Kriminalität, Historische Kriminologie, Kriminalität und Medien bzw. Kriminalprävention befassten, ferner mit einzelnen Straftatengruppen, wie Terrorismus, Korruption, Cybercrime oder Drogenstraftaten.

Die Einrichtung der European Society of Criminology bedeutet für die Weiterentwicklung des Faches, insbesondere auch für eine gezieltere internationale Zusammenarbeit zweifellos einen Gewinn. Dass die Initiative angenommen und begrüßt wird, zeigt sich insbesondere daran, dass inzwischen drei große Tagungen mit breiter Beteiligung stattgefunden haben. Von den Treffen sind auch Rückwirkungen auf die nationalen Vereinigungen zu erwarten. Wichtig scheint, dass man die Tagungen nicht nur danach organisiert, was mehr oder weniger zufällig als Referate angeboten wird, sondern selbst gestalterisch und richtunggebend auf die diskutierten Themen einwirkt, dadurch dazu beiträgt, dass anstehende kriminologische oder kriminalpolitische Fragen weiterentwickelt werden, etwa auch versucht wird, Einfluss auf kriminalpolitische Entscheidungen zu nehmen. Gerade die vielfach etwas verstaubt wirkende kontinentaleuropäische Kriminologie mit ihrer Juristendominanz kann hier wichtige Anregungen hinsichtlich kriminologischer Fragestellungen und Methoden bekommen – wenn deren Vertreter denn hingehen. Es sind bisher offensichtlich mehr sozialwissenschaftlich orientierte Kriminologen, die sich hier zusammenfinden. Die Gesellschaft gibt ab nächstem Jahr auch eine eigene Zeitschrift heraus, das „European Journal of Criminology“. Als neuer Präsident wurde in Helsinki Ernesto Savona gewählt. Die Tagung 2004 ist für Amsterdam geplant, 2005 wollen dann Krakau und 2006 Tübingen den Kongress ausrichten.

MPI für ausländisches und internationales Strafrecht, Günterstalstr. 73, 79100 Freiburg